

## STADTGEMEINDE BOZEN

z.H. des Präsidenten des Gemeinderates

### BESCHLUSSANTRAG Nr. 44/2025

**Betreff:** Anwendung des Gesetzesdekretes über illegale Müllablagerungen: Nutzung der Videoüberwachungskameras, um Geldbußen gegen die Personen zu verhängen, die die Straßen verschmutzen

#### Prämisse:

- Der Ministerrat hat kürzlich ein Gesetzesdekret verabschiedet, um gegen die illegale Müllablagerung, auch in kleinen Mengen, vorzugehen. Auch die Geldbußen wurden erhöht.
- Das Gesetzesdekret, das vom Ministerium für Umwelt und Energiesicherheit vorgelegt worden ist, enthält spezifische Maßnahmen, um rechtswidrige Handlungen zu erheben und zu ahnden, wie das achtlose Fallenlassen von Abfällen (wie z.B. Zigarettenstummel, Kassazettel, Papiertaschentücher usw.), ohne dass sie in einen Müllsammelbehälter eingeworfen werden, inklusive der Sammelbehälter für die getrennte Müllsammlung.
- Laut Gesetz können diese rechtswidrigen Handlungen auch mit Videoüberwachungskameras aufgezeichnet werden, die auf dem Gemeindegebiet bereits vorhanden sind. Die Bürgermeister können diese Instrumente für die Vorhaltung der Handlungen verwenden.
- Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat außerdem Italien angemahnt, bei den Abfällen effizienter vorzugehen und innerhalb September einen Aktionsplan vorzulegen.

#### Es wird weiters festgestellt:

- Die Stadtgemeinde Bozen verfügt bereits über ein Videoüberwachungssystem mit zahlreichen Kameras, die sowohl im Stadtzentrum als auch in einigen Randgebieten installiert sind. Die Videoüberwachung kann auch für Umweltzwecke und für die Wahrung eines gepflegten Stadtbildes eingesetzt werden.
- Achtlos weggeworfener Müll, auch neben den Sammelbehältern der Wertstoffinseln, beeinträchtigt das Stadtbild und die Sauberkeit der Stadt, was wiederum von der Bevölkerung als negativ empfunden wird und Mehrkosten für die Gemeindeverwaltung verursacht.
- Die Umsetzung der Bestimmungen im neuen Gesetzesdekret ist eine gute Gelegenheit, um entschiedener gegen diese rechtswidrigen Handlungen vorzugehen und die Lebensqualität in der Stadt zu verbessern.

Dies alles vorausgeschickt und festgestellt,

**verpflichtet der Gemeinderat von Bozen**

**den Bürgermeister und den zuständigen Stadtrat,**

1. die Bestimmungen im kürzlich genehmigten Gesetzesdekret der Regierung bzgl. der illegalen Müllablagerungen umzusetzen.
2. Im Rahmen der Möglichkeiten, die die Rechtsbestimmungen über den Schutz von persönlichen Daten vorsehen, sollen die Videokameras, die bereits auf dem Gemeindegebiet installiert sind, dafür genutzt werden, rechtswidrige Handlungen festzustellen und zu ahnden, auch im Fall von Müllablagerungen neben den Sammelbehältern der Wertstoffinseln.
3. Es soll eine Informationskampagne durchgeführt werden, um die Bevölkerung über die neuen Bestimmungen und die Geldbußen zu informieren.
4. Es soll geprüft werden, ob in jenen Stadtbereichen, in denen die häufigsten Fälle von illegalen Müllablagerungen verzeichnet werden, das Videoüberwachungssystem ausgebaut werden soll.

Gemeinderat Juri Andriollo